Bürgerbewegung

FINANZWENDE

JAHRESBERICHT

2020

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE VON FINANZWENDE,

2020 verlief anders als geplant – auch für Finanzwende. Wir haben gleich zu Beginn der Corona-Pandemie im März schnell reagiert, alle geplanten Aktivitäten auf den Prüfstand gestellt und uns gefragt: Welche Rolle hat Finanzwende in einer Situation, in der eine globale Gesundheitskrise auf instabile Finanzmärkte trifft?

Völlig klar war: Von Finanzwende wird jetzt erwartet, die Auswirkungen dieser Krise auf den Finanzmarkt zu erklären. Aus der Zeit der Bankenrettung wussten wir, dass in Krisenzeiten die größten Umverteilungswirkungen entstehen, wenn staatliche Institutionen rettend eingreifen. Darüber muss öffentlich aufgeklärt werden. In neuen, digitalen Formaten nahm sich Finanzwende dieser Aufgabe an.

Unsere größte Sorge galt der Frage, ob aus dieser Pandemie eine neue Finanzkrise wird.

Wenn jeder europäische Mitgliedstaat die Krisenmaßnahmen allein finanzieren würde, wäre eine neuerliche Euro-Krise nur eine Frage der Zeit. Deshalb koordinierten wir uns mit renommierten Wissenschaftlerinnen und unterstützten deren Vorschlag für sogenannte "Corona-Bonds". Zunächst gab es wenig öffentliches Interesse. Doch wir blieben dran und nach und nach setzte sich die Überzeugung selbst im Kanzleramt durch, dass die europäischen Staaten in dieser Krise finanziell zusammenstehen müssen. Die Union - und damit Deutschland - gab ihre langjährige Opposition gegen eine gemeinsame Schuldenaufnahme angesichts der Pandemielasten auf. Es gab zum ersten Mal eine gemeinschaftliche europäische Lösung. Wir sind stolz, einen Beitrag dazu geleistet zu haben.

Zudem besteht in Krisenzeiten die Gefahr, dass Menschen, die keine oder nur geringe finanzielle Puffer haben, völlig abstürzen. Hier sahen und sehen wir ein wichtiges

INHALT

04 EINBLICKE IN DIE ARBEIT VON FINANZWENDE

05 PORTRÄT PROF. HARTMUT WALZ

06 KAMPAGNEN • THEMEN • ERFOLGE

06 CORONA, FINANZMÄRKTE UND FINANZWENDE

08 FINANZMÄRKTE UND VERBRAUCHER

10 FINANZKRIMINALITÄT

11 INFOKASTEN: RIESTER-RENTE

12 LOBBYREPORT

13 GLOBALE FINANZMÄRKTE UND SUSTAINABLE FINANCE

14 FINANZWENDE IN DEN MEDIEN

15 FINANZEN: EINNAHMEN • AUSGABEN

16 IMPRESSUM

Handlungsfeld für Finanzwende: private Überschuldung verhindern, Dispozinsen senken, überhöhte Inkassokosten stoppen. Vor lauter Sorge um die großen Konzerne sollten die kleinen Leute nicht unter die Räder kommen.

Bereits 2019 bereiteten wir unser großes Projekt „Transformative responses to the crisis" vor, welches von dem Grundgedanken geleitet wird, (Finanz-)Krisen als Chance zur Veränderung zu nutzen. Nun kam eine Krise aufgrund von Corona schneller als gedacht. Mit unseren Projektpartnern reagierten wir schnell auf diese veränderte Situation und arbeiten seitdem an Vorschlägen, damit die Finanzwelt bereits nach den Auswirkungen dieser Krise stabiler aufgestellt ist.

2020 war allerdings nicht nur das Corona-Jahr. Es war auch das Jahr, in dem Finanzkriminalität endlich mehr Aufmerksamkeit bekam: Der Betrugsskandal bei Wirecard, die ersten Verurteilungen bei CumEx, die Veröffentlichung von geheimen Informationen über Geldwäsche-Aktivitäten deutscher Banken – Finanzwende sah 2020 eine wichtige Rolle darin, sich für eine bessere Bekämpfung von Finanzkriminalität zu engagieren. Mit Erfolg: So konnten wir zum Beispiel unsere Vorschläge zur Reform der Finanzaufsicht im Finanzministerium einbringen.

Diese erfolgreiche Arbeit in einem außergewöhnlichen Jahr war nur aufgrund unserer vielen Fördermitglieder und Spenderinnen möglich. Denn nur dank Ihnen, unseren Unterstützerinnen und Unterstützern, können wir unabhängig, schnell und planungssicher handeln.

Dafür danke ich Ihnen herzlich!

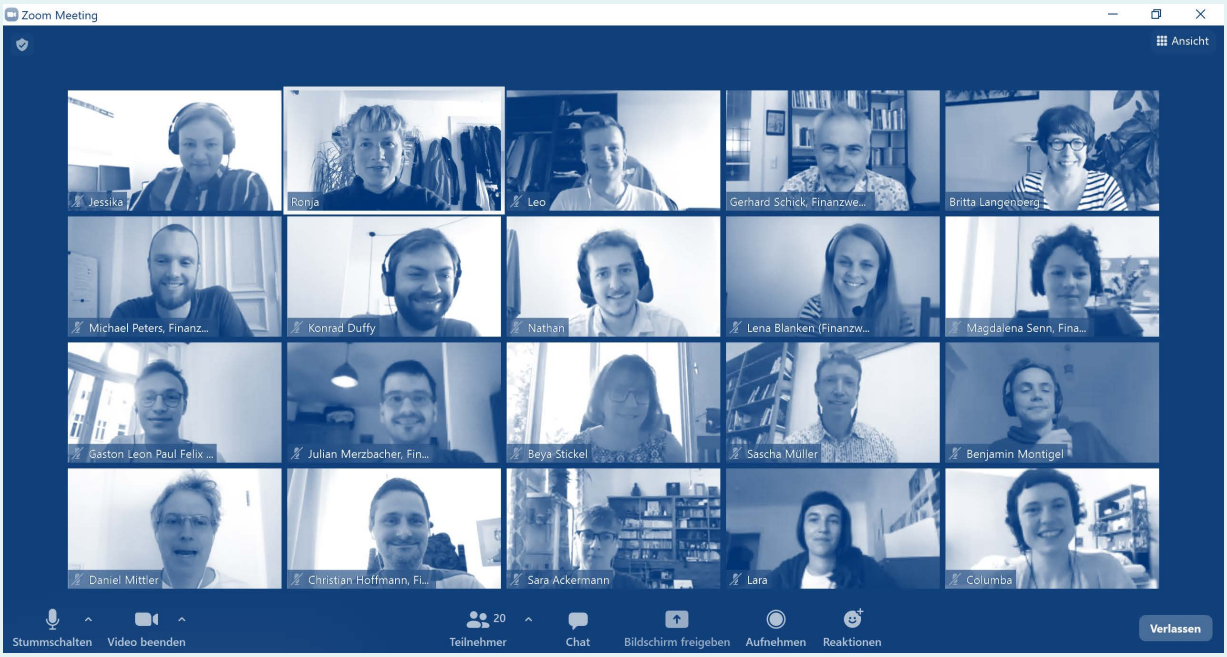
Gerhard Schick
Geschäftsführender Vorstand von Finanzwende

Die Bürgerbewegung Finanzwende wurde mit dem Ziel gegründet, **das** zivilgesellschaftliche Gegengewicht zur personell und finanziell bestens ausgestatteten Finanzlobby in Deutschland zu sein. Wir sind der Ansicht, dass die Interessen der Verbraucherinnen, Kleinanleger und Versicherten Vorrang vor den Eigeninteressen der Finanzdienstleister, Kreditinstitute und Banken haben müssen. Und wir sind der Überzeugung, dass die Finanzmärkte im Sinn der gesamten Gesellschaft ausgestaltet werden müssen. Nur so wird es uns gelingen, immer wiederkehrende Finanzkrisen zu verhindern, deren Rechnung am Ende zu oft aus Steuermitteln beglichen werden muss.

Uns ist klar, wie umfassend diese Veränderungen sind und wie lang der Weg dorthin sein wird. Deswegen haben wir ein starkes Bündnis geschmiedet aus Experten, Unterstützerinnen, ehrenamtlich Aktiven und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen. Auf diese Weise profitieren wir als Bürgerbewegung von dem Wissen und Engagement vieler Personen: Wir stehen in engem fachlichen Austausch mit Expertinnen aus Wirtschaft, Recht und Verbraucherschutz sowie mit Menschen, die ihre tiefen Einblicke in die Finanzbranche mit uns teilen. Einen dieser Experten, Herrn Professor Hartmut Walz, stellen wir Ihnen in einem Kurzporträt auf *Seite 5* vor. Seine Expertise war für unsere Kampagne gegen die zweifelhaften Vertriebsmethoden des Finanzdienstleisters MLP richtungsweisend.

In der Bundesgeschäftsstelle Berlin planen und steuern wir unsere Kampagnen, erarbeiten Recherchen und Studien und setzen unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit um.

All dies wird ermöglicht durch unsere Basis an Fördermitgliedern und Unterstützerinnen. Ohne eine wachsende Anzahl von Menschen, die unsere Arbeit aktiv verfolgen, unsere Petitionen zeichnen und teilen und unsere Arbeit durch ihr finanzielles Engagement ermöglichen, könnten wir keine schlagkräftige Bürgerbewegung bilden. Je mehr Menschen sich uns anschließen, desto stärker müssen unsere Positionen und Forderungen auf politischer Ebene berücksichtigt werden. Wie erfreulich sich unsere Unterstützerbasis seit Gründung entwickelt hat, sehen Sie auf *Seite 14*.



Das Team der Geschäftsstelle

Professor Hartmut Walz lehrt seit fast dreißig Jahren Betriebswirtschaft und insbesondere Bankbetriebslehre, Finanzdienstleistungen und Anlagepsychologie an der Hochschule Ludwigshafen am Rhein. Sein Fokus liegt auf der Verhaltensökonomie im Bereich Finanzprodukte. Als engagierter Verbraucherschützer untersucht er Angebote von Banken und Versicherungsunternehmen. Seit zwei Jahren bringt sich Hartmut Walz bei Finanzwende vor allem mit seinem Wissen und seiner Erfahrung zum Thema Finanzvertrieb und Finanzdienstleistungen für Privatanleger ein. Insbesondere bei unserer Kampagne gegen die fragwürdigen Vertriebsmethoden des großen Finanzdienstleisters MLP an deutschen Hochschulen ist seine Handschrift erkennbar. Auch an einem unserer Web-Seminare wirkte Herr Walz mit: „Corona und nun? Anlagestrategien in Krisenzeiten". Dieses können Sie auf unserem *Youtube-Kanal* ansehen.

Professor Hartmut Walz ist ein viel gefragter Gesprächspartner und Publizist, der Anlegerinnen und Verbrauchern Rat und Orientierung in der oft komplexen Welt der Finanzprodukte gibt. Gerade das ehrenamtliche Engagement von kompetenten und geschätzten Experten wie Professor Walz macht Finanzwende so schlagkräftig und effektiv.

PORTRÄT PROF. HARTMUT WALZ

Verhaltensökonom
Verbraucherschützer
Finanzwende-Mitglied

CORONA, FINANZMÄRKTE UND FINANZWENDE

Im Frühjahr 2020 stürzten die Kurse an den weltweiten Aktienmärkten ab. *Finanzwende* startete deshalb eine Vielzahl von Aktivitäten, um über die schnelle Abfolge von Krisenereignissen zu informieren und nachhaltige politische Lösungen zu fordern. Wir wollten im Gegensatz zur letzten Krise gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren diesmal dafür sorgen, dass der Finanzmarkt nicht zum Krisenprofiteur werden würde.

Wie nach der letzten Finanzkrise drohte auch diese Krise zu einer Belastung für den Zusammenhalt in der Europäischen Union zu werden. Weil Länder wie Spanien und Italien besonders stark von der ersten Phase der Pandemie betroffen waren, mussten sie ihre Wirtschaft mit umfassenden staatlichen Hilfen unterstützen. Das drohten große Finanzakteure zu bestrafen: Sie hätten auf den Absturz der italienischen oder spanischen Wirtschaft spekulieren können – wie mit Griechenland in der letzten Eurokrise. Einige Finanzaufsichtsbehörden verhängten deshalb Leerverkaufsverbote, um zu verhindern, dass sich eine unkontrollierte Abwärtsspirale ergibt und Finanzinstitute noch von der Misere der europäischen Wirtschaft profitieren konnten. Trotzdem drohte durch die enormen wirtschaftlichen Belastungen, die Eurozone noch stärker als in der letzten Krise auseinanderzufallen. Diesmal brauchte es klare Antworten der europäischen Politik. Gemeinsam mit europäischen Partnern und zahlreichen führenden Wissenschaftlerinnen starteten wir deshalb eine Petition an alle europäischen Finanzminister und forderten die **Einführung sogenannter Corona-Bonds**. Das sind gemeinsame europäische Anleihen, die verhindern, dass spekulative Angriffe einzelne Länder noch weiter in die Krise treiben. Knapp 90.000 europäische Bürgerinnen und Bürger unterstützten unsere Forderung im Frühjahr 2020. Mit Erfolg: Die EU beschloss ein Paket, das zum ersten Mal gemeinsame europäische Anleihen umfasste!

Im Rahmen des Rechercheprojekts *Transformative Responses to the Crisis* (dazu mehr auf Seite 13) haben wir die Pandemie zum Anlass genommen, die Krisenanfälligkeit unseres Wirtschafts- und Finanzsystems zu analysieren und einen *gemeinsamen Aufruf* mit zahlreichen Wissenschaftlerinnen und Organisationen veröffentlicht.

In einer mit Prof. Dr. Joscha Wullweber veröffentlichten *Studie* zur **Covid-19 Finanzkrise** wird deutlich, dass der Finanzmarkt schon vor der Pandemie im Krisenmodus war und zudem reformbedürftig bleibt. Eine weitere Studie aus dem September 2020 analysiert die **Folgen** verschiedener Szenarien von **Umweltkatastrophen** auf den europäischen Wirtschafts- und **Finanzmarkt.**

Bei den vielen Ad-hoc-Entscheidungen der ersten Pandemie-Monate war es wichtig, zunächst einmal zu informieren und einzuordnen. Mithilfe unseres Übersichtskalenders, der *Corona-Timeline*, lassen sich die politischen Reaktionen auf die Corona-Wirtschaftskrise nachvollziehen. In unserer Videoreihe *Logbuch Krise* haben wir außerdem in mehr als 20 Teilen die aktuellen Ereignisse der Corona-Krise eingeordnet. Unter anderem haben wir uns dort mit Eigenkapitalvorschriften für Banken, wackeligen Geschäftsmodellen von US-Fonds und spekulativen Leerverkäufen auseinandergesetzt. Diese Leerverkäufe ermöglichten es großen Finanzinvestoren, mit wirtschaftlichen Einbrüchen auch noch große Gewinne zu machen.

MEHR TRANSPARENZ BEIM UMGANG MIT STEUERGELDERN

Nicht nur auf europäischer Ebene brauchte es eine kritische Begleitung der Krisenpolitik. Auch in Deutschland stand die Wirtschaft still und viele Unternehmen bekamen staatliche Hilfen zugesprochen. Hier wollten wir einmal näher hinschauen: Welche großen Unternehmen bekommen diese Hilfen? Nutzen manche dieser Unternehmen vielleicht Schattenfinanzzentren, in die dann Teile der Hilfsgelder abfließen? Wir haben deshalb mit einem *Coronahilfen-Tracker* kritisch beleuchtet, ob an die üppigen Staatshilfen der Krisenmonate Bedingungen zur Vergabe geknüpft wurden. Zusammen mit *FragDenStaat*, einer Internetplattform über die Anfragen an Behörden gestellt werden können, haben wir Informationen zu den Coronahilfen großer Unternehmen, ihren genutzten Schattenfinanzzentren und ausgezahlten Dividenden zusammengetragen. Das wenig überraschende Ergebnis: Viele Unternehmen, die mit Steuergeldern gerettet wurden, sind zugleich in Schattenfinanzzentren aktiv. Diese sind für Steuervermeidungspraktiken bekannt.

Um zu verhindern, dass mit Steuergeldern Unternehmen gestützt und gerettet werden, die das Klima schädigen oder Steuern umgehen, starteten wir die Kampagne "Keine Staatshilfen für Steuertrickser und Klimasünder!". Es sollte das Mindeste sein, dass die Bundesregierung auch Auflagen an die steuerfinanzierten Hilfen knüpft. Konkret fordern wir, dass Unternehmen, die Hilfen erhalten, erstens öffentliche Transparenz über ihre Unternehmensstruktur schaffen, um sicherzustellen, dass sie keine Steuertricks betreiben, zweitens einen Klimaplan vorlegen, was ihr Unternehmen zur Einhaltung der Pariser-Klimaziele tut und drittens während der Laufzeit der Hilfen keine Boni auszahlen.

Doch selbst diese Mindestanforderungen wurden nicht umgesetzt. So wurden zum Beispiel der Lufthansa mehrere Milliarden Euro zugesichert. Da die Bundesregierung nicht für Transparenz sorgte, taten wir es! Wir beauftragten eine Studie zur Lufthansa, die klar zeigte, dass mehr Transparenz benötigt wird. Denn die Lufthansa hat 92 Tochtergesellschaften in Schattenfinanzzentren, darunter eine auf Malta, die mit zwei Angestellten fast 200 Millionen Euro Gewinn machte. Selbst bei solch eklatanten Konstrukten befand es die Bundesregierung nicht für nötig, Auflagen an alle Hilfen zu knüpfen. Das empörte nicht nur uns, sondern auch fast 300.000 Menschen, die eine gemeinsame Petition von Finanzwende, dem *Umweltinstitut München* und *Campact* unterschrieben.

So hat sich 2020 wieder einmal gezeigt: Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen – wo in kurzer Zeit große Geldsummen mobilisiert und politische Entscheidungen nicht immer transparent gemacht werden – ist die Stimme der Zivilgesellschaft besonders wichtig. Die Auswirkungen der politischen Entscheidungen während der Corona-Krise werden uns bei Finanzwende daher auch noch in der kommenden Zeit beschäftigen.

DISPOKREDITE

In Deutschland gibt es viele Menschen, die knapp bei Kasse sind. Rund sieben Millionen Menschen sollen gar überschuldet sein. Kein Wunder also, dass immer wieder Konten ins Minus rutschen. In einem solchen Moment kommt oft ein Dispokredit zum Einsatz.

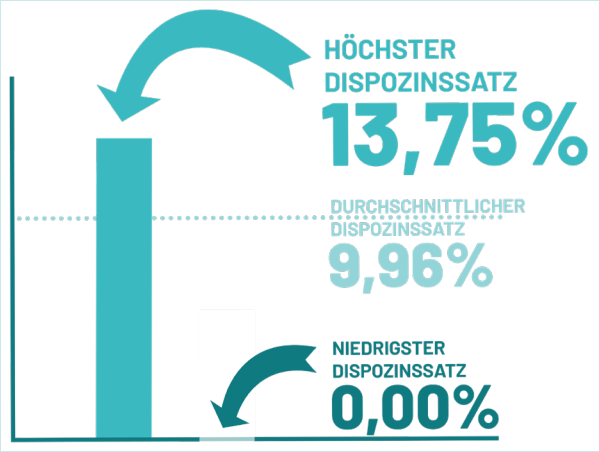
In der Corona-Krise gerieten noch mehr Personen unverschuldet in eine finanzielle Notlage als sonst. Plötzlich brachen Aufträge und Einkommen weg. Finanzwende forderte daher die Banken dazu auf, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachzukommen und die Dispozinsen zu senken.

Mit einer Finanzwende-Studie konnten wir im April belegen, dass die Mehrzahl der Banken zweistellige Dispozinsen erheben. Im schlimmsten Fall verlangte eine Volksbank sogar 13,75 Prozent für einen eingeräumten Kredit! Aus unserer Sicht viel zu viel – gerade angesichts eines Zinsumfelds, in dem immer mehr Banken Negativzinsen von ihrer Kundschaft wollen. Das große Problem: Die hohen Zinsen treffen in der Regel Kunden, die an sich schon sehr knapp bei Kasse sind. Aufgrund der Corona-Krise mussten sie den Gürtel oft nochmal enger schnallen.

Im Mai 2020 haben wir zum Schutz der Betroffenen einen offenen Brief an die zentralen Bankenverbände geschrieben. Darin forderten wir, den Mitgliedsinstituten zu empfehlen, keine überhöhten Dispozinsen mehr zu verlangen. Auch die besonders teuren Banken sowie eine Sparkasse haben wir angeschrieben und zu einer Senkung der Dispozinsen aufgefordert. Daraufhin lenkten zwar einige wenige Banken ein, insgesamt betrachtet waren die Reaktionen der Verbände und Banken jedoch zunächst enttäuschend.

Im Oktober verschärften wir mit einer erneuten *Untersuchung* der Dispozinsen den Druck auf die Banken. Wieder stellte sich heraus, dass viele Institute zweistellige Dispo-Zinssätze erheben. Der erneute Vorstoß wirkte: Es gelang uns, das Thema in die politische Diskussion zu bringen. In mehreren Sitzungen wurde über Dispozinsen im Deutschen Bundestag debattiert, auch einzelne Landtage griffen unsere Initiative auf. So gerieten die Banken in Zugzwang, endlich die Zinsen zu senken. Mittlerweile (Stand Sommer 2021) haben fünf der elf teuersten Banken unserer Untersuchung vom April 2020 die Zinsen gesenkt.

Das ist ein großer Erfolg für unsere Arbeit und eine direkte Hilfe für die betroffenen Verbraucherinnen und Verbraucher. Das Problem überhöhter Dispozinsen ist damit aber nicht aus der Welt. Noch immer verlangen viele Institute zehn Prozent und mehr. Es ist an der Zeit, dass Banken und Sparkassen beim Dispokredit Verbraucherinnen nicht über Gebühr belasten. Wir werden deshalb auch künftig für dieses Anliegen streiten und uns für Verbraucherinnen einsetzen.



DER FINANZVERTRIEB MLP

Guter Rat ist teuer – so lautet ein Sprichwort. Dass aber auch schlechter Rat sehr teuer werden kann, das merken Verbraucherinnen vor allem beim Finanzvertrieb. Noch immer ist nämlich in Deutschland erlaubt, was in anderen Ländern längst verboten ist: der provisionsbasierte Finanzvertrieb. Dieser führt dazu, dass Vermittler für den Verkauf von Produkten Geld erhalten. Die Verkäuferinnen empfehlen deshalb nicht unbedingt die besten und passendsten Produkte, sondern zum Teil diejenigen, die am meisten Provision für sie selbst versprechen.

Gerade junge Leute sind für den Finanzvertrieb eine interessante Zielgruppe. Deshalb klärt Finanzwende seit mehr als einem Jahr über die Aktivitäten von Finanzvertrieben an Hochschulen auf. Eines der aktivsten Finanzunternehmen an deutschen Hochschulen ist der Wieslocher Konzern MLP. MLP vermittelt Finanzprodukte auch an Studierende und junge Berufseinsteigerinnen. Um mit dieser Zielgruppe in Kontakt zu treten, hat das Unternehmen bundesweit Kooperationen mit Hochschulen aufgebaut. Mit sogenannten Hochschulteams, also eigens für die „Zielgruppe Studierende" geschulten Finanzvermittlern, ist MLP mittlerweile in fast allen Hochschulstädten vertreten. Die Teams bieten zum Beispiel harmlos wirkende Gehaltsverhandlungskurse an – um an die Kontaktdaten der Studierenden zu kommen und den Verkauf von Finanzprodukten anzubahnen. Im Frühjahr 2020 deckte Finanzwende auf, dass MLP den Verein "Hochschulinitiative Deutschland" nutzt, um solche Kurse als neutrale Bildungsveranstaltungen zu bewerben. Mit einer Persiflage-Seite und einem Aufklärungsvideo (unserer "*Finanzschelle*") warnten wir Studierende vor dem Finanzvertrieb an ihrer Hochschule. Finanzwende gelang es durch diesen Druck, dass MLP nun einige Kurse eindeutiger für die Studierenden kennzeichnet. Das ist zumindest etwas, aber lange nicht genug.

Denn aus Sicht von Finanzwende dürfen Hochschulen keine vorgelagerte Verkaufsplattform für Finanzprodukte sein. Außerdem sollte ein Finanzvertrieb, der von seinen eigenen Produkten überzeugt ist, stets mit offenem Visier werben.

ARMIN LASCHET UND UNSERE FORDERUNG NACH EINER SOKO CUMEX

„CumEx" war bis vor wenigen Jahren nur einigen wenigen Menschen ein Begriff. Mittlerweile ist er zum Synonym für den größten Steuerraub in der Geschichte der Bundesrepublik geworden. Auch wenn diese speziellen Geschäfte mit Aktienpaketen komplex und absichtlich verwirrend gestaltet sind – das Resultat für die Staatskasse und die Steuerzahlenden ist ernüchternd klar: In den wenigen Jahren bis 2011 haben Banker und Berater im Zusammenspiel mit weiteren gerissenen Finanzmarktakteuren über 10 Milliarden Euro Steuergelder erbeutet. Wie? Indem sie sich eine einmal gezahlte Kapitalertragssteuer, gleich mehrfach zurückerstatten ließen. *Auf unserer Webseite haben wir das Vorgehen, aber auch die gesamte Chronologie zu CumEx detailliert nachgezeichnet.*

Auch fast zehn Jahre, nachdem die betrügerischen CumEx-Geschäfte weitgehend beendet wurden, begleitet uns das Thema noch immer. Im Frühling 2020 warnte der Präsident des Landgerichts Bonn davor, dass viele CumEx-Fälle verjähren könnten. Es wäre ein herber Schlag für unseren Rechtsstaat und für alle Steuerzahlerinnen. Da der Großteil der Fälle bei der Staatsanwaltschaft Köln liegt, sahen wir es als die Aufgabe des NRW-Ministerpräsidenten Armin Laschet an, dafür zu sorgen, dass die drohenden Verjährungen nicht eintreten.

Im Sommer 2020 war die Lage dramatisch: Rund 900 Beschuldigten standen damals gerade einmal zwölf Staatsanwältinnen, fünf LKA-Beamte und 30 Steuerfahnderinnen gegenüber. Knapp 50 gegen 900, plus deren hochkarätige Anwälte.

Um dieses erhebliche Ungleichgewicht auszutarieren, starteten wir im September unsere Kampagne: „Armin Laschet – Holen Sie unser Steuergeld zurück!". Schnell schlossen sich mehrere Zehntausend Unterstützerinnen unserem Appell an, mit dem wir eine ressortübergreifende „SoKo-CumEx" forderten, ausgestattet mit 150 qualifizierten Ermittlern aus Staatsanwältinnen, LKA-Beamten und Steuerfahnderinnen.

Zwischenzeitlich wurden immerhin die Verjährungsfristen für besonders schwere Steuerhinterziehung verlängert – auch unter Druck des NRW-Justizministers Peter Biesenbach. Dadurch wurde den Strafverfolgungsbehörden etwas Luft verschafft. Ein erster, wichtiger Schritt, der allerdings unsere Forderungen nicht weniger dringlich machte. Denn die Zahl der Fallkomplexe und Beschuldigten wächst weiter kontinuierlich, viele Beschuldigte sind bereits im hohen Alter und trotz einer längeren Verjährungsfrist besteht weiterhin Zeitdruck. Die Strafverfolgung, aber auch der gesamte Skandal um die CumEx- und ihre artverwandten CumCum-Geschäfte werden uns bei Finanzwende also auch in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen.

Der Wirecard-Skandal legte die Schwachstellen der Finanzaufsicht BaFin schonungslos offen. Schon 2019 hatte Finanzwende im Report „Die Akte BaFin" kritisiert, die deutsche Finanzaufsicht sei zu mutlos, zu langsam und zu formalistisch. 2020 forderten wir in einem Appell an das Bundesfinanzministerium eine Neuaufstellung der BaFin – und, vor allem, eine neue Aufsichtskultur. Unsere Vorschläge haben wir auf Einladung des Finanzministeriums vorgebracht.

Im Februar 2021 reagierte Finanzminister Olaf Scholz mit einem Aktionsplan auf den Wirecard-Skandal. Darin griff er einen Teil der Forderungen von Finanzwende auf: Behörden-Chef Felix Hufeld und seine Stellvertreterin Elisabeth Roegele mussten gehen. Geplant sind unter anderem eine schnelle Eingreiftruppe für Verdachtsfälle, eine Fokus-Aufsicht zur Kontrolle komplexer Unternehmen sowie mehr Personal (insbesondere Wirtschaftsprüfer). Außerdem soll es auch verdeckte Testkäufe durch die BaFin geben, zum Beispiel bei Banken und Versicherern. Die Testkäufe sollen Anfang 2022 richtig starten und Auskunft darüber geben, wie sich Finanzdienstleister in der Praxis gegenüber ihren Kunden verhalten.

Also alles zufriedenstellend geregelt? Keineswegs. Insbesondere die öffentlichen Rechenschaftspflichten der BaFin, die Pflicht zu Ermittlungen und die Missstandsaufsicht über Banken und Versicherer im Sinne des Verbraucherschutzes etwa müssen reformiert beziehungsweise vorangetrieben werden. Genau deswegen ist für uns klar, dass Finanzwende weiterhin einen genauen Blick auf das Agieren und die weiteren Reformschritte der BaFin hat!

RIESTER

VIEL GEBÜHREN, WENIG RENTE

Wie hoch die Kosten von Riester-Rentenversicherungen sind, hat Finanzwende in einer ausführlichen Kostenstudie im Dezember 2020 beleuchtet. Hier ein kurzer Überblick in Zahlen:

16,4 Mio.
Riester-Verträge
haben die Deutschen abgeschlossen – vom Bank- oder Fondssparplan über Versicherungen bis hin zum Wohn-Riester.

ABER: Die Zahlen täuschen. Denn **rund die Hälfte dieser Riester-Verträge wird gar mehr bespart** oder die Verbraucherinnen zahlen so wenig ein, dass sie nicht die volle Zulage bekommen.

Bei einer durchschnittlichen Riester-Rentenversicherung fließen laut der Finanzwende-Studie **24 Prozent**
der Einzahlungen in die Kosten.
In der Spitze waren es 38 Euro von 100 Euro eingezahlten Beiträge und Zulagen.

Die Zulagen für Riester-Sparer stammen aus Steuergeldern. Seit dem Start der Riester-Rente im Jahr 2002 flossen mehr als
35 Mrd. Euro
an **staatlichen Zulagen** in Riester-Verträge.

Ein Finanzwende-Mitglied stellte fest, dass seine Riester-Zulage von 175 Euro im Jahr vollständig für Gebühren draufging – und er sogar **NOCH 55 EURO OBENDRAUF** legen musste.

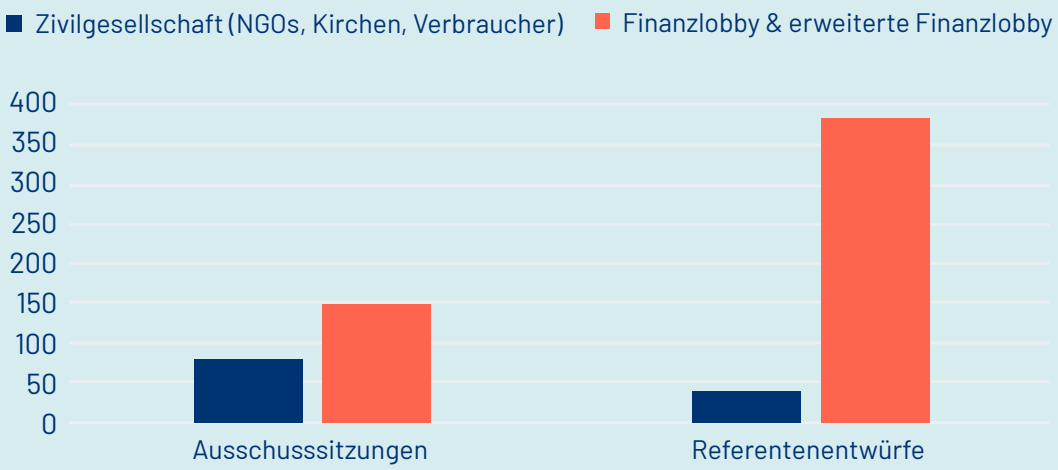
Um ein genaueres Bild über die Größe und den Einfluss der Finanzbranche zu bekommen, haben wir im letzten Jahr eine Studie zur Finanzlobby in Deutschland erstellt. So konnte zum ersten Mal überhaupt die Budgetstärke der Finanzlobby seriös geschätzt werden. Viele Informationen waren nur sehr schwierig in Erfahrung zu bringen. Deshalb haben wir in monatelanger Kleinstarbeit Registerauszüge, Verbandswebseiten und LinkedIn-Profile durchforstet, um Personal, Budget und Einfluss der Finanzlobby darzustellen. Das Ergebnis: Etwa 200 Millionen Euro gibt die Finanzbranche jährlich für ihre politische Arbeit aus, mindestens 1.500 Mitarbeiterinnen stehen ihr zur Verfügung.

Diese Budget- und Personalstärke drückt sich auch im politischen Einfluss der Finanzlobby aus. Gerade in der Frühphase der Entstehung eines Gesetzes, wenn Ministerien Vorschläge zu Gesetzen einreichen (sogenannte Referentenentwürfe), ist der Einfluss der Lobby besonders stark: Auf einen Kommentar der Zivilgesellschaft kommen neun aus der Finanzbranche.

Die Verbindungen des insolventen Zahlungsdienstleisters Wirecard in die Politik haben einmal mehr deutlich gemacht: Viele Branchenvertreter haben einen privilegierten Zugang zur Politik, oft gibt es fliegende Wechsel von der Politik in die Finanzbranche oder umgekehrt.

Für unsere *Studie* haben wir viel positiven Zuspruch bekommen. Wir werden mit Finanzwende weiter am Ball bleiben, um dafür zu sorgen, dass mehr Licht ins Dunkel der Lobbyarbeit kommt und die Stimme normaler Bürgerinnen von der Politik gehört wird. Denn nur so können Finanzmärkte auch Form annehmen, die wieder den Menschen dienen.

FINANZLOBBY vs. ZIVILGESELLSCHAFT BEI LOBBYKONTAKTEN



2020 startete – wie schon erwähnt – auch unser erstes mehrjähriges Rechercheprojekt: *Transformative Responses to the Crisis*. Gemeinsam mit europäischen Netzwerkpartnern wollen wir Politikvorschläge ausarbeiten, die die drei großen Themenfelder Umwelt, Ungleichheit und Finanzmarkt zusammendenken. Der Ausbruch der Corona-Pandemie legte schonungslos offen, wie wichtig nachhaltige und themenübergreifend gedachte Politikansätze zur Bewältigung von Klima-, Gesundheits- und Finanzkrise sind.

TRANSFORMATIVE RESPONSES TO THE CRISIS

Zur Analyse der aktuellen Lage und um mit Interessierten in den Austausch zu treten, haben wir digitale Formate - Web-Seminare und „Wohnzimmergespräche" - ins Leben gerufen. Wenn Sie nicht dabei sein konnten, können Sie sich die Aufzeichnungen, unter anderem mit Gästen wie dem Makroökonomen *Moritz Schularick*, dem Wirtschaftshistoriker *Adam Tooze* und der Transformationsforscherin *Maja Göpel*, auf unserem Youtube-Kanal jederzeit ansehen.

Eine Antwort auf die Corona-, sowie die Klima- und Ungleichheitskrise bietet ein nachhaltiges Finanzsystem: Sustainable Finance. Um darauf hinzuwirken, war Finanzwende-Vorstand Gerhard Schick im gesamten Jahr 2020 im Sustainable Finance Beirat der Bundesregierung aktiv. Wir konnten so unsere Positionen direkt auf politischer Ebene einbringen und wichtige Akzente setzen, die Finanzlobby ausbremsen und einige klare Empfehlungen an die Bundesregierung formulieren.

Unsere Bewertung der Ergebnisse des Beirats können Sie auf unserer *Webseite* einsehen. Wir freuen uns darüber, dass das Thema breitere Aufmerksamkeit erhält. Aber es bleibt weiterhin viel zu tun, um die dringend notwendigen Schritte für eine Transformation hin zu nachhaltigen Finanzmärkten umzusetzen.

Außerdem haben wir angefangen, uns mit der *Rolle der Zentralbanken* zur Erreichung von Finanzstabilität in einer Welt der Krisen zu beschäftigen und die Planungen für eine große Online-Konferenz zu zukunftsgerichteter Geldpolitik begonnen, die Anfang 2021 stattfand.

FINANZWENDE IN DEN MEDIEN

SWR 2

BUCHKRITIK

Gerhard Schick - Die Bank gewinnt immer. Wie der Finanzmarkt die Gesellschaft vergiftet

Süddeutsche Zeitung

27. Mai 2020, 12:22 Uhr Kritik an Steuersparmodell

Die Malta-Connection der Lufthansa

Die Lufthansa wird mit Milliardenbeträgen vom deutschen Staat gerettet - und profitiert nach Einschätzung der Organisation Finanzwende gleichzeitig immens von Steueroasen wie Malta.

Von Frederik Obermaier und Klaus Ott

DER TAGESSPIEGEL

„Dass sich nicht einmal das Finanzministerium Einblick in das Portfolio der VBL verschafft, ist nicht nur fahrlässig, sondern stellt auch die Bemühungen der Bundesregierung im Hinblick auf nachhaltige Finanzen in Frage“, sagt **Lena Blanken**, Kampagnenleiterin der Bürgerbewegung Finanzwende.

Augsburger Allgemeine

WIRECARD-SKANDAL

Bürgerbewegung Finanzwende fordert Entlassung der Bafin-Spitze

Frankfurter Allgemeine

FINANZAUFSICHT

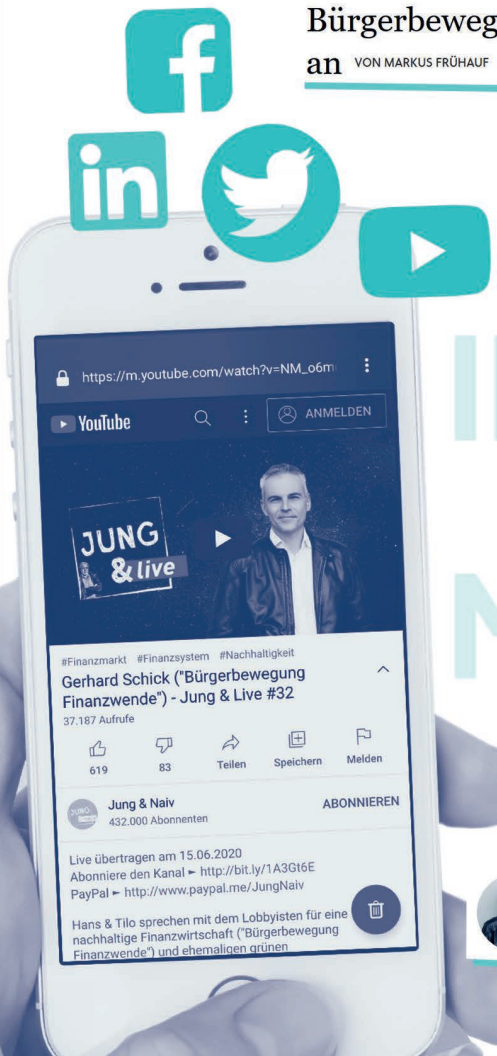
Bürgerbewegung Finanzwende greift Bafin an

VON MARKUS FRÜHAUF - AKTUALISIERT AM 09.07.2020 - 17:06

Deutschlandfunk

Der Fall Wirecard

Multiples „Organversagen“ von Kontrollen und Aufsichten



Lobbyismus der Finanzindustrie

Wie die Finanzlobby die Politik beeinflusst

1500 Lobbyisten vertreten in Berlin die Finanzindustrie. Immer wieder gelingt es ihnen, Gesetzesvorhaben in ihre Richtung zu lenken. Auf Widerrede treffen sie selten.

Von **Karsten Polke-Majewski** und **Sascha Venohr**

DIE ZEIT

Gerhard Schick

Überzeugungstäter

Der Finanzexperte Gerhard Schick war einer der fleißigsten Abgeordneten im Bundestag. Er kämpfte gegen kriminelle Banker und geldgierige Konzerne. Jahrelang warnte er vor einem Zusammenbruch der Märkte, wie wir ihn jetzt erleben. Dann schmiss er seinen Job als Politiker hin – und gründete eine Bürgerbewegung. Kann er nun mehr bewirken?

»Am Ende fließt zu viel Geld in die Kostenapparate der Versicherer, für die Altersvorsorge bleibt oft zu wenig übrig. Das kann nicht der Sinn einer staatlich geförderten Altersvorsorge sein«, sagt Expertin Langenberg.

SPIEGEL

Bürgerbewegung Finanzwende kritisiert Banken wegen hoher Dispozinsen

Neues Denken nach Corona

Raus aus der Dauerkrise

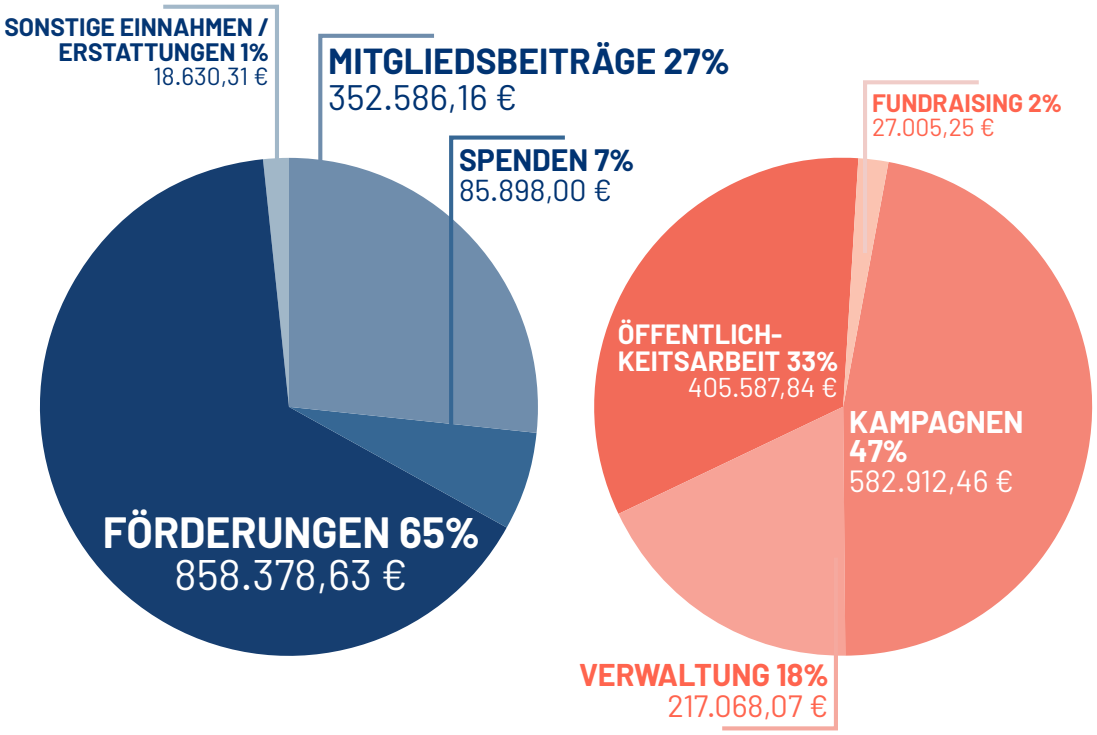
*Ein Gastbeitrag von **Gerhard Schick***

Finanzen, Klima, jetzt Corona: Seit Jahren erschüttern uns immer neue Krisen. Wir sollten endlich daraus lernen - und unser ganzes Denken und System krisenfester aufstellen.

14.05.2020, 19.23 Uhr

EINNAHMEN AUSGABEN
JAHR 2020

Die Bürgerbewegung Finanzwende möchte sicherstellen, dass keine anderen Interessen als die der Bürgerinnen und Bürger ihre Arbeit beeinflussen. Oberstes Prinzip bei der Annahme von Zuwendungen ist, dass die Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit von Finanzwende nicht gefährdet sein darf. Finanzwende finanziert sich aus den Beiträgen der Mitgliedschaft, von Spenden sowie Förderungen gemeinnütziger Organisationen. Grundsätzlich werden alle Großspenden (über 10.000 Euro) im Jahresbericht veröffentlicht und namentlich benannt.



Das Geschäftsjahr 2020 war von starkem Wachstum geprägt. Den Förderungen durch institutionelle Förderer (65%) stehen 27% Mitgliedsbeiträge sowie 7% Spendeneinnahmen gegenüber. 1% der Einnahmen generierte Finanzwende über sonstige Einnahmen (zum Beispiel aus Zweckbetrieben) und Erstattungen. Den Erträgen in Höhe von 1.315.493,10 Euro stehen Ausgaben des Jahres 2020 von 1.232.573,62 Euro gegenüber. Die Differenz von 82.919,48 Euro floss in Rückstellungen und Rücklagen.

ENGAGEMENT FÜR FINANZWENDE

Finanzwende baut eine schlagkräftige Bürgerbewegung auf. Unser Rückgrat sind dabei alle Menschen, die unsere Arbeit unterstützen: Petitionen zeichnen und verbreiten, ihre Expertise mit uns teilen oder unsere Arbeit durch einen finanziellen Beitrag ermöglichen.

Unsere Spenderinnen und Fördermitglieder legen dabei den Grundstein für unsere Unabhängigkeit. Ende des Jahres 2020 engagieren sich bereits 4.381 Fördermitglieder mit uns! Ihr finanzieller Beitrag gibt uns Planungssicherheit und die Möglichkeit, schnell auf aktuelle Themen und Schieflagen am Finanzmarkt zu reagieren – sei es mit Studien und Recherchen, Öffentlichkeitsarbeit oder Kampagnen, die Missstände aufdecken und Veränderung einfordern. Ihnen allen verdanken wir die tolle Entwicklung der Bürgerbewegung Finanzwende, die seit ihrer Gründung im Herbst 2018 einen steten Zuwachs von engagierten Menschen verzeichnen kann. Für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung danken wir herzlich!

Es gab keine individuellen Zuwendungen über 10.000 Euro in 2020 an den Verein.

Institutionelle Zuwendungen, die über 10.000 Euro lagen, bekam die Bürgerbewegung Finanzwende e. V. in 2020 von:

Schöpflin Stiftung:

oekom Stiftung Finanzwende gGmbH

Hans Böckler Stiftung
Mitbestimmung · Forschung · Stipendien

OLIN

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

teilweise aus Mitteln der

OPEN SOCIETY FOUNDATIONS

European Climate Foundation

fph

PARTNERS FOR A NEW ECONOMY

finanzwende.de

linkedin.com/company/finanzwende/

twitter.com/finanzwende

youtube.com/c/BürgerbewegungFinanzwende

facebook.com/finanzwende

Bürgerbewegung Finanzwende e. V.
Motzstraße 32, 10777 Berlin
Telefon 030 208 370 80

V.i.S.d.P.: Julian Merzbacher

Allgemeine Anfragen: info@finanzwende.de
Presse & Medien: presse@finanzwende.de

Spendenkonto:
GLS Bank | BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE03 4306 0967 1226 5452 00
Gläubiger ID: DE59ZZZ00002143189
Amtsgericht Berlin/Charlottenburg
VR 36803 B

Vertretungsberechtigter Vorstand: Dr. Gerhard Schick

© 2021 Bürgerbewegung Finanzwende e. V.